12 U 78/22

Sitzungspolizeiliche Verfügung

Zur Durchführung der mündlichen Verhandlung am **07.11.2023, 10.00 Uhr, im Sitzungssaal A 213 des Landgerichts Darmstadt**, Gebäude A, Mathildenplatz 13, 64283 Darmstadt in der Sache 12 U 78/22 werden gemäß §§ 169, 176 GVG die nachfolgenden Anordnungen getroffen.

Diese Verfügung wird im Eingangsbereich des Landgerichts Darmstadt, Gerichtsgebäude A, Mathildenplatz 13 in Darmstadt und am Sitzungssaal durch Aushang bekannt gegeben.

I. Öffentlichkeit der Verhandlung (§ 169 GVG)

1. Es wird darauf hingewiesen, dass Verfahrensbeteiligte, Zuhörer und Medienvertreter durch eine Kontrollstelle, die sich im Vorraum des Gerichtsgebäudes befindet, eingelassen werden.
2. Es werden nur so viele Zuhörer im Sitzungssaal zugelassen, wie dort Sitzplätze vorhanden sind. Die Zahl der Sitzplätze beträgt 60, davon sind 20 Sitzplätze für Medienvertreter vorbehalten. Die Vergabe der nicht für Medienvertreter reservierten Plätze erfolgt nach der Reihenfolge des Erscheinens der Zuhörer vor dem Sitzungssaal.
3. Verlassen Zuhörer den Sitzungssaal nicht nur vorübergehend, so kann eine entsprechende Anzahl wartender Zuhörer neu eingelassen werden.
4. Nach Schluss der Verhandlung verlassen alle Medienvertreter und Zuhörer den Sitzungssaal, spätestens auf Anordnung der eingesetzten Justizmitarbeiter.
5. Es wird darauf hingewiesen, dass das Fotografieren, Filmen und Herstellen von Bild- und Tonaufnahmen während der Verhandlung untersagt ist. Technische Geräte jeglicher Art, die zu Foto-/Film- und Tonaufnahmen geeignet sind (wie z.B. Foto-, Film- und Tonbandgeräte sowie Handys u. ä.), sind auf Verlangen bis zum Schluss der Verhandlung in amtliche Verwahrung zu geben.

II. Berichterstattung durch Presse, Rundfunk, Fernsehen und andere Medien

1. Es sind **20 Sitzplätze** für Medienvertreter reserviert. Sind diese

Plätze bis zum Beginn der Sitzung nicht besetzt, können sie von Zuhörern eingenommen werden. Die Vergabe der für Medienvertreter reservierten Plätze erfolgt nach der Reihenfolge des Erscheinens vor dem Sitzungssaal.

2. Während der Sitzung sind Bild- und Tonaufnahmen weder im Sitzungssaal noch in den angrenzenden Räumen gestattet.
3. Medienvertreter dürfen internetfähige Geräte (zum Beispiel Laptops / Tablets, Mobiltelefone) in den Sitzungssaal bringen. Sie dürfen ausschließlich im Offline-Betrieb verwendet werden. Bild-, Ton- und Filmaufnahmen sind auch mit diesen Geräten nicht gestattet. Werden entgegen dieser Regelung im Sitzungssaal Bild-, Ton- oder Filmaufnahmen gefertigt, bleibt der Widerruf der Gestattung zur Offline-Nutzung ab Feststellung des Verstoßes vorbehalten.
4. Bild- und Filmaufnahmen der Mitglieder des Zivilsenats sind ausschließlich vor Beginn der Sitzung im Sitzungssaal gestattet.

Gründe

Die Vorsitzende hat die sitzungspolizeilichen Anordnungen gemäß § 176 GVG nach ihrem Ermessen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung getroffen. In dem Sitzungssaal A 213 stehen für Zuhörer 60 Plätze zur Verfügung. Bei der Entscheidung über den Umfang einer im Hinblick auf die räumlichen Verhältnisse erforderlichen faktischen Begrenzung der Öffentlichkeit ist auch die Notwendigkeit einer geordneten und ungestörten Durchführung der Verhandlung zu berücksichtigen. Ebenso wichtig wie die Kontrolle der Gerichtsverhandlung durch die Öffentlichkeit ist, dass die äußere Ordnung des Verhandlungsablaufs durch die Öffentlichkeit unbeeinträchtigt bleibt (BGH, Beschluss vom 10. Januar 2006 – 1 StR 527/05 –, Rn. 16, juris, NJW 2006, 1220).

Vorliegend ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Personen, die an der Sitzung als Zuhörer teilnehmen möchten, die zur Verfügung stehenden Plätze übersteigen wird. Die Verteilung der vorhandenen Plätze war daher näher zu regeln. Maßgeblich bei der konkreten Ausgestaltung war, dass jedermann ohne Ansehung seiner Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen der Bevölkerung und ohne Ansehung bestimmter persönlicher Eigenschaften die Möglichkeit hat, an der Sitzung als Zuhörer teilzunehmen.

Von den zur Verfügung stehenden Zuhörerplätzen waren auf Grund des zu erwartenden Interesses der Presse an der Verhandlung fünf Plätze für Medienvertreter zu reservieren. Im Hinblick auf die besondere Funktion der Presse, deren Anwesenheit schon im Ansatz die öffentliche Kontrolle von Gerichtsverhandlungen nicht einschränkt, sondern fördert, ist es nicht zu beanstanden, wenn einige Zuschauerplätze - nicht alle Plätze - Pressevertretern vorbehalten bleiben (vgl. BGH, aaO).

Für die Vergabe der Plätze war anzuordnen, dass diese nach der Reihenfolge des Erscheinens („Reihenfolgenprinzip“ bzw. „Prinzip der Schlange“) zu erfolgen hat (BVerfG, Beschluss vom 30.10.2002 - 1 BvR 1932/02, NJW 2003, 500).

Nach § 169 Abs. 1 S. 2 GVG sind Ton- und Filmaufnahmen während der Verhandlung unzulässig. Soweit darüber hinaus Beschränkungen für Ton-, Film- und Bildaufnahmen angeordnet worden sind, beruht die Ermessensausübung auf einer Abwägung der widerstreitenden Interessen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Demgegenüber waren Ton-, Film- und Bildaufnahmen am Rande der Verhandlung auf Grund des besonderen Informationsinteresses der Öffentlichkeit an dem Verfahren zu gestatten.

Darmstadt, den 09.10.2023